

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (17. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Winfried Pinger, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Anneliese Augustin, Jürgen Augustinowitz, Wolfgang Dehnel, Jochen Feilcke, Karin Jeltsch, Michael Jung (Limburg), Ursula Männle, Ulrich Schmalz, Andreas Schmidt (Mülheim), Christian Schmidt (Fürth), Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Dr. Harald Schreiber, Wolfgang Vogt (Düren), Michael Wonneberger, Volker Kauder, Erika Reinhardt, Heribert Scharrenbroich, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Karl Lamers, Dr. Walter Franz Altherr, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Dr. Joseph-Theodor Blank, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Börnstrup), Paul Breuer, Albert Deß, Renate Diemers, Rainer Eppelmann, Anke Eymer, Ilse Falk, Dr. Karl H. Fell, Dirk Fischer (Hamburg), Leni Fischer (Unna), Dr. Gerhard Friedrich, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Ganz (St. Wendel), Peter Götz, Claus-Peter Grotz, Udo Haschke (Jena), Manfred Heise, Dr. Renate Hellwig, Dr. Paul Hoffacker, Josef Hollerith, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Thomas Kossendey, Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Editha Limbach, Heinrich Lummer, Claire Marienfeld, Günter Marten, Rudolf Meinl, Maria Michalk, Engelbert Nelle, Friedhelm Ost, Eduard Oswald, Dr. Peter Paziorek, Hans-Wilhelm Pesch, Rosemarie Priebus, Kurt J. Rossmanith, Helmut Sauer (Salzgitter), Heinz Schemken, Trudi Schmidt (Spiesen), Gerhard Schulz (Leipzig), Heinrich Seesing, Bärbel Sothmann, Hans-Gerd Strube, Gabriele Wiechatzek, Bernd Wilz, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann, Jörg Ganschow, Dr. Helmut Haussmann, Dr. Burkhard Hirsch, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr.-Ing. Hans-Karl Laermann, Günther Friedrich Nolting, Arno Schmidt (Dresden), Gerhard Schübler, Dr. Sigrid Semper, Dr. Cornelia von Teichman, Ingrid Walz, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Burkhard Zurheide und der Fraktion der F.D.P.

— Drucksache 12/2715 —

**Die Schöpfung bewahren, privates Engagement fördern, die Umsetzung von Umweltmaßnahmen in Entwicklungsländern beschleunigen**

**A. Problem**

Umweltverschmutzung und Naturzerstörung in der Dritten Welt nehmen nach wie vor in besorgniserregendem Umfang zu. Vielerorts haben Mangel an Umweltinstitutionen oder Fachpersonal zu Engpässen bei der Planung und Durchführung von Umweltprojekten geführt.

**B. Lösung**

Annahme des Antrags auf Drucksache 12/2715, der sich für eine verstärkte Unterstützung von Projekten in- und ausländischer Nichtregierungsorganisationen ausspricht.

**Bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmiger Beschluß des Ausschusses.**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

In einem ersten Schritt sollen im Rahmen des Einzelplans 23 (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) 10 Mio. DM zweckgebunden festgelegt werden.

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 12/2715 anzunehmen.

Bonn, den 14. Oktober 1992

### **Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Dr. Wolfgang von Geldern**  
Vorsitzender

**Dr. Peter Paziorek**  
Berichtersteller

**Dr. Klaus Kübler**

**Gerhart Rudolf Baum**

## Bericht der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dr. Klaus Kübler und Gerhart Rudolf Baum

1. Der Antrag wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Juni 1992 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Haushaltsausschuß, der in seiner Sitzung am 24. Juni 1992 den Antrag beraten hat, hat ihm bei Anwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste einvernehmlich zugestimmt.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 1992 dem Antrag bei Enthaltung der Fraktion der SPD und Abwesenheit der Gruppenvertreter zugestimmt.

2. Erkenntnisse über die Zerstörung von Umwelt und Natur in den Staaten der Dritten Welt — worauf u. a. die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ in ihren Berichten hingewiesen hat — haben bereits zu einer Reihe von wichtigen Änderungen bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit geführt, die die Entwicklungsländer bei Projekten des Umwelt- und Naturschutzes unterstützen. Doch konnten diese Maßnahmen, wie etwa die Einrichtung der globalen Umweltfazilität in der Weltbank oder an verstärkte Anstrengungen im Umweltschutz gekoppelte Schuldenerlaßabkommen, nicht verhindern, daß die Dritte Welt von steigender Umweltverschmutzung und Naturzerstörung betroffen ist, was nicht zuletzt durch starkes Bevölkerungswachstum verursacht wird.

Nach diesen Feststellungen fordert der Antrag die Bundesregierung auf, an Entwicklungshilfeprojekten in- und ausländische Nichtregierungsorganisationen zu beteiligen. Hierfür seien im Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Richtlinien zu ändern, nach denen die Ausgaben des betreffenden Titels geleistet werden; schließlich müßten in einem ersten Schritt im Rahmen des Einzelplans 23 (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) 10 Mio. DM zweckgebunden festgelegt werden.

3. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 39. Sitzung am 14. Oktober 1992 den Antrag beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU sah in der Beteiligung qualifizierter in- und ausländischer Nichtregierungsorganisationen an der Durchführung der von der Bundesregierung finanzierten Entwicklungshilfeprojekte einen Beitrag zur unmittelbaren Verbesserung der Situation aller Bevölkerungsgruppen in den Staaten der Dritten Welt. Diesem Anliegen des Antrags auf Drucksache 12/2715 diene auch die im Wege der Selbstbindung des

Deutschen Bundestages vorgesehene Bereitstellung von 10 Mio. DM im Haushalt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zugleich werde durch die Bereitstellung der Mittel dokumentiert, daß die Beschlüsse der VN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ (UNCED) vom Juni 1992 in Rio de Janeiro ernst genommen würden. Dies treffe auch auf die in Nummer 1.1 des Antrages erhobene Forderung zu, daß Verwaltungsdefizite, wie sie etwa auch im Nichtabrufen bereitgestellter Finanzmittel zum Ausdruck kämen, durch die Beteiligung von Fachleuten der innerhalb der Bundesregierung für den Umweltschutz zuständigen Stellen behoben werden sollten.

Die im Antrag skizzierten Fortschritte bei der Umweltzusammenarbeit im Rahmen der Entwicklungshilfe dürften nicht über insbesondere im Bereich der Umweltverwaltung in den Ländern der Dritten Welt bestehende Defizite hinwegtäuschen, die dort bei der Umsetzung von Projekten zum Schutz der Umwelt häufig zu Schwierigkeiten führten. Hier biete es sich an, verstärkt nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen einzuschalten.

Allerdings müsse darüber Klarheit herrschen, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland personelle Kapazitäten, etwa beim Umweltbundesamt, geschaffen werden müßten.

Der Ansicht der Fraktion der SPD, der Antrag auf Drucksache 12/2715 erreiche die mit seinem Anspruch selbst gesteckten Ziele nicht und werde den Diskussionen über die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ oder über die Konsequenzen der auf der UNCED gefaßten Beschlüsse nicht gerecht, entgegneten die Koalitionsfraktionen mit der Prognose, es seien in nächster Zeit weitere Anträge, auch solche der Fraktion der SPD, zu der Gesamtproblematik zu erwarten. Es sei daher nicht erforderlich, die Anregung der Fraktion der SPD aufzugreifen, den Antrag auf Drucksache 12/2715 zu überarbeiten.

Die Fraktion der F.D.P. wies darauf hin, daß durch den Antrag auch die Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Umweltschutzes, die weltweit nicht so stark sei wie etwa im Bereich der Menschenrechte, unterstrichen werde.

Die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN monierte, daß im Antrag ein Hinweis auf die Beteiligung der Industriestaaten am Raubbau an den Naturressourcen der Dritten Welt fehle. Den Forderungen in Nummer 2 des Antrags könne zugestimmt werden. Bei den Feststellungen in Nummer 1 könnten die Probleme nicht allein als Folge des Bevölkerungs-

wachstums dargestellt werden. Dem hielt die Fraktion der CDU/CSU entgegen, daß die Bevölkerungsexplosion ein gravierendes Problem in den Entwicklungsländern sei und der Antrag auf Drucksache 12/2715 allein nicht sämtliche Facetten der gesamten Problematik darstellen könne.

Der Beschluß des Ausschusses wurde bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig gefaßt.

Bonn, den 29. Oktober 1992

**Dr. Peter Paziorek**

**Dr. Klaus Kübler**

**Gerhart Rudolf Baum**

Berichterstatter





